

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Älteste Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 2 Mk. ohne Zusatzen. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstands-Konto Nr. 3. — Postfachkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die sechsstelligen Postzettel 50 Pf., außerhalb der Amtshauptmannschaft 75 Pf., im amtlichen Teil (aus von Behörden) die Stelle 200 Pf. — Eingekauft und Reklamen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 69

Mittwoch den 23. März 1921

87. Jahrgang

Bezirkstag

Montag den 4. April 1921 mittags 12 Uhr im amtsh. Sitzungssaal.
Franzstein, 22. März 1921. | Bürgermeister Stüb, stellvert. Vorsitzender.

Verteilung von Auslandszucker.

An die zuckerzuzugsberechtigten Bevölkerung des Bezirks werden demnächst auf den Kopf

1/4 Pfd. Auslandszucker zum Freise von 6,30 M. einschl. Tüte verteilt. Die Ausgabe erfolgt an Nährmittelzuzugsberechtigte auf Abschnitt B 7 der neuen rosanen und grünen und Y 6 der alten orangefarbenen Nährmittelliste, an alle übrigen Bezugsberechtigten auf eine Bescheinigung, die auf Antrag von der Ortsbehörde ausgestellt wird.

Verkaufsstelle bestimmen die Ortsbehörden.
Nr. 136 b Br. Der Kommunalverband Dippoldiswalde, am 19. 3. 1921.

In das Güterrechtsregister ist am 17. März 1921 eingetragen worden, daß der Privatmann Karl Robert Hugo Schumann in Bärnchen und seine Frau Anna Amalie verw. geb. Klinge geb. Pöschel, ebenda, durch Vertrag vom 16. März 1921 die Verwaltung und Führung des Mannes ausgeschlossen haben.
2 A Reg. 7 b/21. | Amtsgericht Dippoldiswalde, am 17. März 1921.

Vertikales und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Unter dem Vorsitz des Herrn Amtshauptmann Coler v. d. Planitz und unter Beteiligung von Vertretern der staatlichen Kraftwagenabteilung und der benachbarten Amtshauptmannschaften Dresden A, sowie des Straßen- und Wasserbauamtes fand am 21. d. M. in Dippoldiswalde eine Besprechung mit den beteiligten Gemeinden wegen Errichtung der in Aussicht genommenen staatlichen Autokolonien Dippoldiswalde—Dresden, Dippoldiswalde—Glaschütte und Dippoldiswalde—Frauenstein—Bienenmühle statt. Das Unternehmen fand allseitige Zustimmung und soll die Inbetriebnahme möglichst noch im Laufe des Frühjahrs angetrieben werden. Zu diesem Zwecke wurde die Gründung eines Verbandes der in Frage kommenden Gemeinden mit Herrn Bürgermeister Herrmann—Dippoldiswalde als Vorsitzenden in Aussicht genommen und die Wahl eines Arbeitsausschusses, der zugleich auch die Geschäfte eines Verkehrsausschusses wahrnehmen soll, beschlossen. Mit dem Bau der hiesigen Wagenhalle, der bereits in allen Punkten vorbereitet ist, soll schon in nächster Frist begonnen werden. Am Schluß der Verhandlungen dankte Herr Bürgermeister Döpp—Glaschütte dem Herrn Amtshauptmann und den Herren Vertretern der staatlichen Kraftwagenabteilung für die kräftige Förderung des Unternehmens, das, wie Herr Amtshauptmann in seiner Erwiderung ausführte, ungemein dazu beigetragen hat, die unangünstigen Verkehrsverhältnisse unseres Bezirks zu verbessern und damit eine Wohltat für viele, jetzt von allem Verkehr abgeschnittene Gemeinden zu werden.

Dippoldiswalde. Die Umschleuerbescheide werden in diesem Jahre nicht vor dem 31. März in die Hände der Steuerpflichtigen gelangen. Wird, unabhängig von der Anforderung, die Steuer nicht bis zum 31. März 1921 bezahlt, so sind, soweit es sich um Beträge von über 1000 M. handelt, diese ab 1. April 1921 mit 5% zu verzinsen. Zum Zwecke der Erparung dieser Zinsen ist deshalb den Umschleuerpflichtigen zu empfehlen, sich die zu entrichtende Steuer auf Grund der eingereichten Erklärung zu erklären und noch vor dem 31. d. M. an die hiesige Stadtkasseneinnahme zu bezahlen.

Witzens von der Amtshauptmannschaft mitgeteilt wird, hat das Reichsmonopolamt für Branntwein infolge der gesteigerten Branntweinerzeugung die Aufhebung der noch bestehenden Beschränkungen für den Bezug von Brennpirritus und damit den Fortfall des bisherigen Bezugsmarken-Systems verfügt. In Zukunft kann deshalb jeder Verbraucher seinen Bedarf an Brennpirritus bei den bekannten Verkaufsstellen ohne Bezugsmarken decken.

Börnersdorf, 22. März. Scheune und Seltengebäude des Gutbesizers Scherke wurden heute vor 25 Jahren durch ein Schadenfeuer in Asche gelegt. Das Wohnhaus konnte mit Mühe und Not gerettet werden.

Cohmannsdorf. Der Schulvorstand des Fortbildungsschulverbandes Cohmannsdorf-Hainsberg-Somdorsgenhiesige die Erteilung von Hausknechtunterricht in vier Klassen bei 12 Schülern je zwei Unterrichtsstunden und die Benutzung der dem Verbands gehörigen Nähmaschinen bei Durchführung des vom Schulvorstand zu Cohmannsdorf geplanten Hausknechtkursus für nicht mehr fortbildungsschulpflichtige Mädchen und Frauen.

Dresden. Der Bezirksausschuß Dresden-Mittstadt hielt am Freitag eine Sitzung ab, in der man sich u. a. mit den

Eingemeindungen beschäftigte. Am Schluß der Verhandlungen erklärte Amtshauptmann Dr. Schulze, daß der Bezirk durch die Eingemeindungen ein Sechstel seines Umfangs verliere. Der Bezirk müsse deshalb ergänzt werden. Voraussetzungen solle der Bezirk Wilsdruff Dresden zugeschlagen werden. — Wohl ist die Sache noch nicht spruchreif, vielleicht ist auch der Wunsch Vater des Gedankens gewesen. Für den Bezirk Wilsdruff empfiehlt es sich aber jedenfalls, beizutreten das für und Wider dieser event. Umbezirkung zu erörtern.

Der sächsische Kultusminister Fleißner hat eine Verordnung erlassen, daß die jetzt neu eintretenden Volksschüler, die am Religionsunterricht teilnehmen sollen, für diesen besonders angemeldet werden müssen. Trotzdem diese Verordnung ganz offenbar im Widerspruch mit § 149 der Reichsverfassung steht, hat die gegenwärtige Regierungsmehrheit des sächsischen Landtages die Verordnung genehmigt. Auf Anregung des deutsch-volksparteilichen Abgeordneten Dr. Coriling hat der Reichstag am 16. März zu dieser Frage Stellung genommen und mit 203 gegen 153 Stimmen einen Antrag dahingehend angenommen, der die Regierung ersucht, ein Gesetz vorzulegen, das eine authentische Interpretation des Paragraphen 149 der Reichsverfassung dahingehend gibt, daß Eltern oder Vormünder verpflichtet sind, bei der Anmeldung der Schüler besonders anzugeben, wenn diese nicht am Religionsunterricht teilnehmen sollen. Bei Unterlassung einer solchen Angabe wird also der Schüler am Religionsunterricht teilzunehmen haben — im Widerspruch zu der Verordnung des sächsischen Kultusministeriums.

Der Haushaltsplan für den Bezirk Dresden-Mittstadt weist einen ungedeckten Fehlbetrag von 900 000 Mark auf.

Meißen. Die Organisationen der Hausbesitzer und Mieter haben hier ein Abkommen über die Regelung der Mietpreise getroffen. Ueber die laufenden Unterhaltungskosten hat der Hausbesitzer genau Buch zu führen. Am Jahresschluß ist die Richtigkeit von der Mieterschaft nachzuprüfen. Soweit der für Unterhaltungskosten im Mietzins enthaltene Betrag nicht aufgebraucht worden ist, muß er der Erneuerungsrücklage für das Grundstück zugeführt werden, zur Ausführung großer Erneuerungsbauarbeiten, wie Dachumdeckungen, Hausabputz und dergleichen. Die bestimmungsgemäße Verwendung der angesammelten Gelder darf nur mit Zustimmung des Mietvereinsamtes erfolgen. Wohnen in einem Grundstück mehrere Mieter, so ist von ihnen ein Vertrauensmann zu wählen, der sie dem Hauswirt gegenüber vertritt.

Leipzig. Die 5. Klasse der 178. Sächsischen Landeslotterie wird vom 6. bis 28. April gezogen.

Chemnitz. Seit Mittwoch streiken hier die Buchmacherinnen.

Stienstein-Collenberg. Die Stadtverordneten bewilligen 188 800 M. Zuschuß für die Errichtung von 40 Einfamilienhäuser des Spar- und Bauvereins, die insgesamt 3,6 Mill. M. Kosten verursachen.

Meerane. Ein n. h. l. idler Vorgang spielte sich hier ab. Durch ein 10—12jähriges Mädchen wurde der Gattler und Tapezierermeister Kugel für abends 1/28 Uhr nach dem Schützenhaus zu einer angeblichen Besprechung bestellt. Herr Kugel kam dieser Aufforderung nach, aber gegen 1/29 Uhr ward ihm im Schützenhause durch einen 10—12jährigen Knaben die Mitteilung, er möge sich noch kurze Zeit gedulden. Während dieser Zeit war Fräulein Kugel mit der

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Zimmermeisters Gustav Heinrich Mähling in Obercarsdorf ist zu Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Einhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschließung der Gläubiger über die Erstattung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses der Schlußtermin

auf den 20. April 1921, vormittag 1/4 12 Uhr vor dem Amtsgerichte Dippoldiswalde bestimmt worden.
Dippoldiswalde, am 21. März 1921.

K. 5/12.

Auf Blatt 271 des hiesigen Handelsregisters ist heute die Firma Paul Haupt, Baummeister in Pöschendorf und als deren Inhaber der Baummeister Karl Paul Haupt dabeiselt eingetragen worden.

Angegebener Geschäftszweig: (Baugeschäft).
1 A. Reg. 43/21. | Amtsgericht Dippoldiswalde, den 21. März 1921.

In das Güterrechtsregister ist am 15. März 1921 eingetragen worden, daß der Kaufmann Karl Wolf in Hirschbach und seine Frau Elisabeth Clara Wolf verw. geb. Wolbenhauer geb. Weiske adoptierte Michall, ebenda, durch Vertrag vom 14. März 1921 die Verwaltung und Führung des Mannes ausgeschlossen haben.
2 A. Reg. 7 a/21. | Amtsgericht Dippoldiswalde, am 15. März 1921.

Reinigung des Hauses beschäftigt, wobei ihr eine Frau half. Gegen 9 Uhr ward die Haustür aufgerissen und es eilte ein verummter Mann herein, der der Schwerkraft in der unbeleuchteten Haustür einen Revolver vor das Gesicht hielt. Auf die Hilferufe hin ergriff der Verbrecher flüchtig die Flucht. Die Kriminalpolizei ist eifrig an der Aufklärung der Sache tätig.

Plauen i. B. Die Handelskammer beschloß, bei Aufnahmegefehen von Ausländern in die Web- und Spinnwerke zu Reichenbach jedes derartige Gesuch rundweg abzulehnen.

Der hiesige Naturheilverein beschloß die Erwerbung eines 8300 Quadratmeter großen Grundstücks, um auf diesem etwa 40 neue Gärten anzulegen. Die Gesamtanlage des Naturheilvereins umfaßt nunmehr rund 43 000 Quadratmeter, darunter 250 Schrebergärten, einen Spielplatz mit Wirtschaftsgebäude und ein Damen- und Herren-Sonnenbad.

Abbau. Zu einem Konflikt zwischen der Wählgenossenschaft und dem Kommunalverband ist es hier gekommen. Jene beanprucht 194 000 M. dafür, daß die Wähler infolge der von der Regierung bestimmten Brotmehlfreie mit Maismehl nicht mehr Mehl in der bisherigen Menge ausmahlen kann. Die Amtshauptmannschaft hat die Forderung abgelehnt mit dem Begründen, es sei nicht Schuld des Bezirkes, wenn durch Maßnahmen der Regierung die Verdienstmöglichkeit der Genossenschaft beeinträchtigt werde. Nun droht der Verband mit Einleitung gerichtlicher Schritte.

Herrnhut. Zwei Menschen verbrannt sind am Freitag in Großhennersdorf. Der 71 Jahre alte Wirtschaftsbefizer Wilhelm Kenger handelte gemeinsam mit seiner 67 Jahre alten Ehefrau mit Vieh in der Scheune. Durch ein Versehen hat das Stroh Feuer gefangen, von dem schließlich die ganze Scheune eingeäschert wurde. Bei den Aufräumungsarbeiten fand man die beiden alten Leute verlohnt unter dem Brandhaufen.

Gersdorf. Auf dem Pluto-Schacht wird gegenwärtig die 6 Stunden-Schicht verfahren, um festzustellen, welche Einwirkungen diese auf die Förderung hat. Im Bewährungsfall sollen Neueinstellungen von Arbeitern auch auf anderen Schächten erfolgen.

Ausrufung einer weißruthenischen Republik.

Baranowitsch, 21. März. Die weißruthenischen Russländer haben am 16. März Winiß befehligt. Die 8. Rote Division ist auf die Seite der weißruthenischen Revolutionäre übergegangen. Die russländischen haben die weißruthenische Volksrepublik ausgerufen.

Schlägereien zwischen französischen und englischen Soldaten in Rattowitz.

Duppeln, 21. März. Während die Abstimmerhandlung überall ruhig verlief, soll es in einigen Stadtteilen von Rattowitz zu schweren Schlägereien zwischen französischen und englischen Soldaten gekommen sein, weil die Franzosen nicht energisch genug gegen polnische Störungversuche aufgetreten sind.

Kämpfe der italienischen Besatzungstruppen mit den Polen.

Breslau, 21. März. Im Kreise Rybnik finden in einzelnen Orten Kämpfe zwischen Polen und Italienern statt. Die Italiener haben die Wahlen in den städtischen Werten beschlagnahmt.

Der deutsche Abstimmungsieg.

Die Entscheidung ist gefallen. Mit nahezu Zweidrittelmehrheit hat sich das oberschlesische Volk am 20. März für das Verbleiben Oberschlesiens beim Deutschen Reich ausgesprochen. Unter brutalem Gewalt, nach längerer Besetzung und Forderungen haben die Oberschlesier in ihrer Treue zum gemeinsamen deutschen Vaterland ihre machen können. Fast restlos bis zum letzten Stimmberechtigten haben sie ihre Pflicht erfüllt und Treue mit Treue vergolten. Zwar hat niemand im Reich je daran gezweifelt, daß Oberschlesien, das durch jahrhundertelange Kultur- und Wirtschaftsgemeinschaft mit dem Reich verbunden ist, und das seinen Reichtum und seine Blüte dem Schaffensgeist und dem Arbeitsfleiß des deutschen Volkes verdankt, Deutschland die Treue wahr werden werde. Der 20. März jedoch hat auch die kühnsten Erwartungen übertroffen. Mit Recht wird daher das deutsche Volk von hoher Freude erfüllt sein über die freie Entscheidung Oberschlesiens, das vor aller Welt ein herrliches unantastbares Bekenntnis zum Deutschtum abgelegt hat. Keine Diplomatenweisheit und keine Auslegungsmuster werden es wagen können, den Spruch des oberschlesischen Volkes zu fälschen und zu unfernen Ungunsten deuten zu wollen, ohne sich vor den Augen der ganzen Welt des Vertragsbruches schuldig zu machen.

Im ganzen hatten in 18 Kreisen über 1.130.000 Stimmberechtigte ihr Wahlrecht auszuüben, darunter 900.000 in Oberschlesien ansässige, 60.000 vor 1904 im Abstimmungsgebiet zugewanderte Reichsdeutsche und 192.000 Reichsoberbürger. Bei außerordentlich starker Wahlbeteiligung haben die deutschen Abstimmungsberechtigten fast ausnahmslos ihrer Wahlpflicht genügt. Nahezu zwei Drittel haben sich für Deutschland ausgesprochen, in einem Lande, das nach den der Pariser Friedenskonferenz seinerzeit vorgelegten polnischen Entwürfen „rein polnisch“ sei und daher nach dem ersten Vertragsentwurf (der allerdings infolge des Widerstandes Lloyd Georges nie überreicht wurde) ohne jede Abstimmung an Polen fallen sollte!

Wenn man die Ergebnisse der einzelnen Kreise näher betrachtet, so ergibt sich, daß die Kreise links der Oder überwiegend deutsch gestimmt haben. In Oberschlesien z. B. 65.100 deutschen Stimmen nur 800 polnische gegenüber. Auch in Kofel und Ratibor hat sich eine starke deutsche Majorität ergeben. Oberglogau zählt neben 32.700 deutschen nur 4500 polnische Stimmen. Im Schloßbezirk Oberglogau, dem Sitz des polenfreundlichen Reichsgrafen v. Oppersdorf, wurden 100 Stimmen für Deutschland und nur 11 für Polen abgegeben.

Rechts der Oder hat der Kreis Kreuzburg, von dem man bestimmt erwartet hatte, daß er sich mit großer Mehrheit zum Deutschtum bekennen werde, diese Hoffnung nicht getäuscht. Auch Oppeln, Stadt und Land, hat sich mit 81.000 deutschen gegen 26.000 polnische Stimmen wacker gehalten.

In den übrigen Kreisen wurden in den Städten fast durchweg deutsche Mehrheiten erzielt. Selbst in den gefährdeten Kreisen haben die Städte große deutsche Mehrheiten zu verzeichnen, so z. B. in Rybnitz, Beuthen, Groß-Strehlitz, Tarnowitz. Die Städte und die großen Randgemeinden im Industriegebiet haben überwiegend deutsch gestimmt. Hier sind die Erwartungen bedeutend übertroffen worden.

In einigen Kreisen ist, wie zu erwarten war, die Abstimmung für Deutschland leider ungünstig ausgefallen. So haben die Polen in Pleß, Rybnitz, Tarnowitz eine starke Mehrheit, in Groß-Strehlitz und Beuthen ebensoviel Stimmen erhalten als die Deutschen. Doch kann der Kreis Oberschlesien z. B., wo die polnische Mehrheit ganze 300 Stimmen beträgt, durch keinerlei Weichenstellungen zu Polen geschlagen werden. Denn er liegt ganz von deutschen Mehrheiten umgeben. Ungünstiger ist es mit Tarnowitz und Beuthen, die an Polen grenzen, und Pleß und Rybnitz bestellt.

Welche Folgen wird die Abstimmung nun aufwerfen? Nach dem Friedensvertrag hat die Interalliierte Kommission nach dem Abschluß der Abstimmung die Zahl der Stimmen der Alliierten mitzuteilen und gleichzeitig mit einem genauen Bericht über den Verlauf der Abstimmung einen Vorschlag über die Grenzsetzung in Oberschlesien abzugeben. Bei diesem Vorschlag ist sowohl der von den Einwohnern ausgeübte Wunsch, wie auch die geographische und wirtschaftliche Lage der Ortsgemeinden zu berücksichtigen. Alsdann wird die Grenzlinie durch die Alliierten festgesetzt. Wenn das Wort von der Berücksichtigung der geographischen und wirtschaftlichen Lage der Ortsgemeinden überhaupt Sinn haben soll, so trifft es insbesondere für die Kreise Tarnowitz und Beuthen zu, die unabhinglich den Polen zugesagt und damit dem Ruin verurteilt werden dürfen, da sie doch wirtschaftlich untrennbar mit dem übrigen deutschen Industriegebiet verbunden sind.

Im Interesse Oberschlesiens und des deutschen Volkes überhaupt ist dringend zu wünschen, daß die endgültige Entscheidung über Oberschlesien so bald wie möglich gefällt wird. Das Abstimmungsgebiet hat am Sonntag durch sein erhebendes Bekenntnis zum Deutschtum dem Verlangen nach Ruhe und Ordnung klar und deutlich Ausdruck verliehen. Je eher die Entscheidung erfolgt, desto eher wird das schwer heimgeleitete Land von der polnischen Schreckensherrschaft befreit werden und sich von den schweren Schäden des verurteilten Nationalitätenkampfes erholen.

Politische Rundschau.

Berlin, den 22. März 1921.

Die Regierungskommission des Saargebiets hat beschlossen, vom 1. Mai 1921 ab sämtliche Einnahmen, gleichviel welcher Art, der Eisenbahn sowie der Post- und Telephonverwaltung in Francs umzurechnen, ferner das Personal dieser Verwaltungszweige in Francs zu besolden beginn zu entsöhnen.

Die Trennung von Staat und Kirche in Reich längerer Strecke steht unmittelbar bevor. Der Verwaltungstrennung soll die finanzielle Trennung von Staat und Kirche folgen.

Die Ausdehnung der Besetzungszone im Ruhrgebiet wird von dem französischen Kriegsministerium abgelehnt. Bei den Truppenbewegungen handelt es

sich ganz einfach um Verschiebungen von Vorposten, die nach der Besichtigung durch General Wegand errichtet worden waren. Die neuen Vorposten seien ungefähr zwei Kilometer weiter östlich aufgestellt worden. Oberhausen und Mülheim seien nicht besetzt worden. In Wirklichkeit handelt es sich nur um eine Besetzung von zwei Punkten, des einen westlich von Speidors auf der Straße nach Mülheim, 2 Kilometer entfernt, des andern südlich von Weidrich auf der Straße nach Oberhausen, um den Bahnhof von Oberhausen-West zu überwachen, der übrigens ziemlich weit von der Stadt entfernt liegt. — Tatsächlich haben die Ententetruppen in dem Bestreben, wichtige Eisenbahnknotenpunkte in ihre Hand zu bekommen, die Besetzung über die in den Londoner Beschlüssen bezeichneten Städte hinaus die Besetzung ausgedehnt. Die Londoner Sanktionen hielten sich nicht an den Friedensvertrag, jetzt hält sich die Entente nicht einmal mehr an ihre eigenen Sanktionen. Die Reichsregierung wird wegen dieses neuen Willküraktes erneut Protest erheben.

Der Bahnhof Hamborn, der bisher von einigen Offizieren und Mannschaften der Alliierten besetzt war, ist geräumt worden. Der Bahnhof Hamborn-Neumühl blieb nach wie vor besetzt. Auf dem Altenbahnhof Oberhausen-West wurden durch die dort liegenden Truppen etwa 20 Wagen eines Kohlenzuges, der für die Alliierten bestimmt war, zurückgehalten, weil die Kohle dieser Wagen angeblich zu schlecht war. Der Bürgermeister und der Polizeiinspektor in Walsum wurden verhaftet, angeblich, weil in ihrem Besitz einige Patronen gefunden wurden.

Sachverständigenverhandlungen über die Schadenersatzansprüche in Paris. Mehrfachen Anregungen der Reparationskommission entsprechend, sind vor einigen Tagen Sachverständige mit dem Auftrag entsandt worden, mit den Sachverständigen der Alliierten in Verbindung zu treten, um mit ihnen die Schadenersatzansprüche der einzelnen alliierten Mächte durchzusprechen, Arbeit über die Aufstellungsmethoden zu gewinnen und auf Grund der dabei erzielten Ergebnisse sodann Vorschläge für die deutschen Gegenbemerkungen ausgearbeitet. Während einige innere Staaten sich zu Sachverständigenbesprechungen bereit erklärt haben, verweigern die beiden maßgebendsten Staaten Frankreich und Belgien solche Verhandlungen. Durch diese Haltung wird der deutschen Regierung die Stellungnahme zu den Forderungen der Gegner weiter ungewisser gemacht. Von einem billigen Gehör im Sinne des Friedensvertrages kann danach keine Rede mehr sein. Wenn die deutsche Regierung trotzdem der Reparationskommission Bemerkungen zu den einzelnen Anmeldungen überreichen wird, so kann es sich hierbei nur um einzelne Ausstellungen, nicht aber um eine systematische und umfassende Stellungnahme oder die Auffassung einer Gegenrechnung handeln. Gegenüber den von der Reparationskommission festgesetzten Schuldsumme behält sich die deutsche Regierung schon jetzt alle Rechte vor.

Ruhiger Verlauf der Wahlen.

Nach den bisherigen Meldungen hat es den Anschein, als ob im größten Teile Oberschlesiens die Abstimmung ruhig verlaufen ist. Es ist wenigstens bisher noch keine Nachricht gekommen, daß irgendwo grobe Gewalttätigkeiten verübt worden sind. Die Besatzungsbehörden sorgen in größter Bereitwilligkeit für ausreichenden Schutz aller gefährdeten Ortsgemeinden durch Entsendung von Patrouillen. Englische Truppen sorgen vornehmlich in den bedrohten Gegenden um Scharfesh, Deutsch-Bielitz, Kammin herum vorbildlich für Ordnung. Im Kreise Rybnitz sollen angeblich einzelne Wahllokale von den alliierten Truppen geschlossen worden sein, weil dort nur polnische Stimmzettel ausgegeben wurden.

Der Lauf des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident hat nach Bekanntwerden des oberschlesischen Abstimmungsergebnisses an den deutschen Bevollmächtigten in Oppeln, Fürsten Haßfeldt, folgendes Telegramm gerichtet:

„Euer Durchlaucht spreche ich im Namen des ganzen deutschen Volkes unter aller freudige Genugung über das Ergebnis der Abstimmung in Oberschlesien aus. Ist auch nach den bisherigen Berichten der Erfolg in einzelnen Kreisen durch rechtswidrige, gewalttätige Beeinflussung beeinträchtigt worden, so bleibt die unumstößliche Tatsache bestehen, daß sich das oberschlesische Volk in seiner überwiegenden Mehrheit für Deutschland entschieden hat. Ein hervorragendes Verdienst an diesem Ergebnis ist Ihrer und Ihrer Mitarbeiter aufopfernden Tätigkeit zuzuschreiben. Ich bitte Sie und Ihre Mitarbeiter, der festen Dankbarkeit der Reichsregierung und des deutschen Volkes verpflichtet zu sein.“ Ebert, Reichspräsident.

Die Italiener erklären die Abstimmung im Kreise Pleß für ungültig.

Aus dem Abstimmungsbezirk verläutet nichtamtlich, daß die Abstimmung im Kreise Pleß von den Italienern für ungültig erklärt wird, weil die Abstimmungsfreiheit durch den polnischen Terror zu stark beeinträchtigt war.

Die ersten Zurückkehrenden.

Der erste Schnellzug aus dem Abstimmungsgebiet traf Sonntag nacht in Breslau ein. Die Wagen waren über alle Räder voll. Keller Jubel begleitete die Einfahrt der ankommenden Züge. Einstimmig war das Lob der deutschen Abstimmungsberechtigten über die überaus herrliche Ausnahme bei ihren deutschen Brüdern in Oberschlesien. Was nur geboten werden konnte, wurde ihnen zuteil. Selbst weniger bemittelte Leute ließen es sich nicht nehmen, für die ihnen anvertrauten Abstimmungsberechtigten zu tun, was in ihren Kräften stand. Allseitig zeigte der Ausdruck herzlichster Freude über die Aufnahme, daß der Abstimmungstag ein unvergeßlicher sein wird.

Rundschau im Auslande.

General de Castellau, Abgeordneter und Präsident der Armeekommission, und General Gouraud, der Oberbefehlshaber der französischen Streitkräfte in Syrien, werden demnächst zu Marschällen von Frankreich ernannt werden.

Dem Berliner kommunistischen Organ zufolge hat Schawlowitz, Präsident des Zentralkomitees des 2. Weltkongresses der kommunistischen Internationale nach Moskau abgereist.

Zwischen der russischen Denkschrift und England wurden bereits Verhandlungen über den Ankauf von mehreren hundert Panzerautomobilen, 200.000 Tonnen Kohlen, Lokomotiven usw. abgeschlossen.

Die griechische Regierung hat mehrere Jagdabträge mobilisiert um die Truppen an der kleinasiatischen Front zu verstärken und die Bevölkerung gegen die Gewalttaten der türkischen Banden schützen zu können.

Italien: Graf Sforza Rechtfertigung.

Der italienische Außenminister Graf Sforza verteidigte am Sonnabend vor der Kammer die Maßnahmen der Londoner Konferenz gegen Deutschland. Der Minister erdörte die deutschen Gegenanschläge und sagte hinzu, daß sie den Alliierten nicht einmal der Erwägung wert seien. Sie wurden unter der Bedingung gemacht, daß Oberschlesien bei Deutschland verbleibe, diese Bedingung sei unannehmbar gewesen; denn das Schicksal dieses Gebiets sollte erst durch Volksabstimmung entschieden werden. Infolge des schlichten Willens (!) Deutschlands schienen militärische und wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen unvermeidlich. Italien vertraue darauf, daß auf der nächsten Konferenz eine loyale Verhandlung möglich sein werde.

Ungarn: Neue Kämpfe um Kronstadt.

Dem Fall Kronstadt folgten erneute Kämpfe, bei denen es den Alliierten gelang, zeitweilig sich der Festung wieder zu bemächtigen. Es muß zu einem heftigen Kampf gekommen sein, denn im Verlaufe des 18. März hörte das Geschütz- und Gewehrfeuer nicht auf. Den Anführern der Aufständischen gelang es, mit 10.000 Mann nach Finnland zu entkommen, wo sie interniert wurden. Später traf aus sicherer Quelle die Nachricht ein, daß sich die Sowjettruppen endgültig in Kronstadt festgesetzt haben. Die finnische Regierung und das amerikanische Rote Kreuz tun alles, um die Not der Flüchtlinge zu lindern.

Soziales.

Die Ablehnung des Einigungsvorschlages in der Uebersichtsversammlung durch die Gewerkschaften des Zechenverbandes geschah, wie aus Essen berichtet wird, mit folgender Begründung: Der Einigungsvorschlag macht nicht nur zur Bedingung, daß die Produktion durch die Neuregelung nicht zurückgehen darf, obwohl darin eine selbstverständliche Voraussetzung liegt. Der Grundsatz „Mehr Lohn für mehr Arbeit“, der den bisherigen Uebersichtsabkommen zugrunde liegt, ist verlassen worden. Die Beschlüsse werden durch den Einigungsvorschlag nicht gezwungen, die achte Stunde zu verlassen. Wenn ein Teil der Beschlüsse, wie zu erwarten ist, das Verfabren der achten Stunde ablehnt, muß der größte Teil der Uebersichtsproduktoren verloren. Der Bergbau wird gezwungen, ohne Gewähr für das Erhalten der Produktionsziffer durch die Lohnherabsetzungen sehr große Aufwendungen zu machen, die er nicht tragen kann, ohne daß eine Kostenpreiserhöhung erfolgt. Der Bergbau kann die Verantwortung für ein weiteres Anziehen der Lohnschraube, die nach der hohen Bewilligung für die Bergarbeiter in der übrigen Industrie erfolgen muß, nicht auf sich nehmen. Bei der Ablehnung des Einigungsvorschlages hat sich der Bergbau lediglich von dem Gesichtspunkte, die allgemeine Volkswirtschaft zu stützen, leiten lassen.

Höchstleistungszeit im Bergbau. Vom Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Das Reichskabinett hat die sofortige Einbringung des Gesetzes betr. die gesetzliche Höchstleistungszeit im Bergbau unter Tage beschlossen. Hiermit wird die Regelung der Uebersichtsarbeiten zu einer Frage lediglich der Produktions- und Lohnhöhe und entfällt der bei den Bergleuten zum Teil noch bestehende Verdacht, daß die im Schiedspruch für das Ruhrgebiet vorgeschlagene Verbehaftung von vorläufig vier Uebersichtsstunden zu einer Wiedereröffnung des regelmäßigen Arbeitstages in dem Bergbau unter Tage führen könnte.

Aus Stadt und Land.

Millionenraub aus einem Berliner Postamt. Die Beamten in dem Postamt 54 im Norden Berlins wurden in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag von sechs bis sieben maskierten Räubern überfallen und gefesselt. Die Räuber, die mit den Dertlichkeiten gut vertraut waren, erbrachen einen Geldschrank und raubten vier plumbeerte Geldsäcke und zwei Geldkisten mit einem Gesamtinhalt von 1.300.000 M. Von dem geraubten Betrag wurden in dem Haus für eines benachbarten Hauses, wo die Räuber bei der Verteilung der Beute gefest wurden, noch ungefähr 300.000 M. wiedergefunden. Die Postbehörde hat eine Belohnung von 20.000 M. für die Ergreifung der Täter ausgesetzt.

Rückgabe der französischen Deutscheschiffe. Auf Verlangen der französischen Regierung und der Reparationskommission werden in den nächsten Tagen die französischen Geschiffe, die im Kriege 1870/71 erbeutet worden sind, gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages ausgeliefert werden. Vor allem fordern die Franzosen die Rückgabe der „Hautle Grete“, eines schweren Festungsgeschüßes, das 1870/71 zur Armierung des Fort Balerien bei Paris gehörte und nach dem Kriege vor dem Zeughaus in Berlin aufgestellt wurde. Außerdem wird noch eine Reihe kleinartiger Geschiffe zurückverlangt, die jedoch ebenso wie die 24 Zentimeter kalibrige „Hautle Grete“ von den Franzosen „La Belle Josephine“ genannt, heute ohne jede artilleristische Bedeutung sind. Die keinen Feuerwaffen, wie Pistolen, Gewehre, Seitengewehre, Karabinen usw. brauchen nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht ausgeliefert werden.

Niesenbrand in Kopenhagen. In Kopenhagen wütete in der Nacht zum Sonntag ein großer Schadenfeuer. Ein riesiges Grundstück, auf dem sich ein Holzlager der Aktiengesellschaft Kopenhagener Breiterhandel befand, ist vollkommen niedergebrannt. Der Schaden, den zum größten Teil von englischen Versicherungsgesellschaften getragen werden muß, wird auf etwa 1 1/2 Millionen Kronen geschätzt. Es wird Brandstiftung vermutet.

Der größte Getreidespeicher der Welt niedergebrannt. Wie aus Chilea ameldet wird, ist dort der

größte Getreidespeicher der Welt niedergebrannt. Die Anlage, die der North Western Terminal Co. gehört, geriet durch eine Explosion in Brand. Die Anlage war an die Armour-Gesellschaft vermietet und enthielt viele Millionen Bushels Getreide. Bei dem Brande wurden vier Personen getötet und viele verwundet. Der Schaden wird auf zwei Millionen Pfund Sterling geschätzt.

Ein Bauingenieur wegen Betrugs verurteilt. Die Strafkammer in Mannheim in Thüringen verurteilte den Direktor der dortigen Filiale der Diskontobank Max Barthels wegen Betrugs, Untreue und Unterschlagung zu drei Jahren Gefängnis. Der Angeklagte hatte der „Deutschen Allgem. Zeitung“ zufolge in schamloser Weise Arm und Reich ausgepreßt. In seiner Verteidigung gab er an, die Leute hätten ihm die Gelder gegeben, um den Staat um die Steuern zu betrogen.

X Bau und Kanalisierung von Wasserkräften. Der Hauptauschuß des Reichstages hat für Fortsetzung der Arbeiten zwecks Kanalisierung des Neckars und für den Ausbau seiner Wasserkraft 80 Millionen Mark bewilligt. Weiter wurden zur Fortsetzung des Baues einer Großschiffahrtsstraße von Rastatt nach Karlsruhe bis Hamburg und des Ausbaues der Donau von Regensburg bis zur Reichsgrenze bei Passau 120 Millionen Mark bewilligt. Für den Rhein-Deister-Kanal wurden 90 Millionen Mark bewilligt.

Kleine Nachrichten.

Das durch Explosion im Schieferlager bei Erfurt entstandene Feuer ist nunmehr gelöscht worden; zwei Arbeiter wurden getötet, fünf verletzt.
In Hameln ist Sonntag nacht das Hauptgebäude des Bahnhofs vollständig niedergebrannt.

Volkswirtschaftliches.

9 Spiritusfabrikation aus Kalkstein und Kohle. Aus Bernburg wird der „Frankfurter Zeitung“ berichtet: In Rottenburg a. S. soll mit einem Aktienkapital von 36 Millionen eine Aktiengesellschaft unter der Firma „Anhaltisch-Sächsischer Spiritus- und Weisefabrik“ errichtet werden, die zum ersten Male in Deutschland aus Kalkstein und Kohle Spiritus herstellen soll, um auf diese Weise die bisher für die Spiritusbereitung verwendeten großen Kartoffelmengen für die Volksernährung frei zu machen. In einer Konferenz beauftragte der Generaldirektor Sander die beabsichtigte Tagesproduktion auf 17 000 Liter Spiritus und 34 000 Liter Ethylalkohol.

Letzte Nachrichten.

Stimmungsbild aus Oberschlesien.

Rattow, 22. März. Das Deutsche Plebiszit-Kommissariat gibt folgenden Bericht über die Lage im Abstimmungsgebiet bekannt: Im ganzen Lande s. Westen sind besorgniserregende polnische Unruhen auf. In Deutsch-Rosen wurden zwei Brüder Sudek, der eine Mitglied des paritätischen Ausschusses, erschossen. Auf der Strecke Beuthen-Bylawitz wurden die elektrischen Bahnen angehalten, amtliche Bandenleute herausgezerrt, vor den Augen der Franzosen verprügelt und schwer mißhandelt. Einige trugen einen Nervenschuß davon. — Die Ortsstelle Orzegow des Deutschen Plebiszit-Kommissariat wurde vertrieben und zwei Mann mit dem Tode bedroht; 30 Personen wurden verwundet. In Karf entwaffneten die polnischen Apo-Beamteten die deutschen Apo-Beamteten. Die polnischen Apo-Beamteten schlugen dann auf die Leute ein. In den Abendstunden zog eine Bande von 60 Personen im geschlossenen Zug nach dem Hotel Somnig. Von Hohenlunde trifft die Meldung ein, daß die Polen Straßenbahnen anhalten, Bedrohungen gegen die Deutschen ausstoßen und mit Gewalt durch die Straßen ziehen. Auf Vorstellungen beim Kreisinspektor wurde die Antwort erteilt: Ich habe keine Deute. An General-Verande wurden Telegramme um Hilfe abgefaßt.

Der deutsche Sieg in Oberschlesien.

Breslau, 22. März. Nach den vorläufigen Feststellungen des Deutschen Plebiszit-Kommissariats können folgende Progenziffern zugunsten Deutschlands für die Abstimmung in Oberschlesien bekannt gegeben werden: Bylawitz 34 83, Beuthen 50 22, Zarnowitz 39, Hindenburg 51 80, Rothenberg 68, Oberglogau 87 85, Lublitz 53 26, Oppeln 57 63, Arnau 69 04, Groß-Strehlitz 49, Rattowitz 57 10, Adnigsdörfer 74 74, Giesowitz 64 59, Krynitz 36 54, Cold 75 60, Kitzdorf 26 40, Pleß 29 20, Seobitz 99 61, Ratibor 70 79 %.

Es fehlen noch einige wenige Ortschaften, die voraussichtlich das Resultat wesentlich nicht ändern werden. Es ist jedoch damit zu rechnen, daß durch die in Aussicht stehenden Ungünstigkeiten-Korrekturen zu erfolgenden Wiederholungen der Abstimmung in Ortschaften, die in besonderem Maße von polnischen Maßnahmen betroffen worden sind, eine Verschiebung des Gesamtergebnisses zugunsten der deutschen Sache herbeigeführt werden wird.

Zunehmende Arbeitslosigkeit in England.

Basel, 21. März. „Ranchester Guardian“ schreibt: Die Lage in England werde infolge des raschen Anwachsens der Arbeitslosigkeit immer fataler. Die Gesamtzahl der vollständig Arbeitslosen betrug am 15. März 1 355 000 Personen. Alle von der Regierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit getroffenen Maßnahmen erwiesen sich bisher als erfolglos.

Kirchen-Nachrichten.

Mittwoch den 23. März 1921.
Bärenfels. Abends 8 Uhr Passionsnacht im Diakonissenheim.
Ripdorf. Abends 8 Uhr Bibelstunde.
Rastatt. 9 Uhr Beichte der Konfirmanden.
Grünhornsberg, den 24. März 1921.
Dippoldswalde. 9 Uhr Predigtgottesdienst mit anschließender Abendmahlsfeier: Sup. Michael.
Hennersdorf. Abends 7 Uhr Predigtgottesdienst und Abendmahlsfeier.
Kallmühle Schönfeld. 9 Uhr Predigtgottesdienst und Abendmahlsfeier.

Jahnsdorf. 9 Uhr Abendmahlsfeier.
Ripdorf. 1/10 Uhr Abendmahlsfeier der Konfirmanden.
Rastatt. 9 Uhr Abendmahlsfeier, dabei 1. Kommunion der Konfirmanden.
Dessa. 9 Uhr heiliges Abendmahl, auch für die Gemeinde.
Hennersdorf. 10 Uhr Kindergottesdienst: Pastor Borwerk. 4 Uhr Beichte der männlichen Konfirmanden: Pastor Borwerk. 5 Uhr Beichte der weiblichen Konfirmanden: Pastor Rabler.
Rastatt. 9 Uhr Abendmahlsfeier.
Hennersdorf. 9 Uhr Abendmahlsfeier für die Konfirmanden, deren Angehörige und die Gemeinde.
Gabelsdorf. 9 Uhr Abendmahlsfeier für die Konfirmanden und deren Angehörige.
Schellerhan. 9 Uhr Beichte und Abendmahl für die Konfirmanden, deren Angehörige und die ganze Gemeinde.
Schmiedeburg. 9 Uhr Beichte und Abendmahl der Konfirmanden und Eltern.
Seifersdorf. 9 Uhr Abendmahlsfeier, besonders für die Konfirmanden und deren Angehörige.

Charfreitag den 25. März 1921.

Dippoldswalde. 8 Uhr Oestentliche Abendmahlsfeier mit Orgelspiel und Chorgesang: Pastor Wolen. 9 Uhr Predigtgottesdienst: Sup. Michael. 2 Uhr liturgischer Gottesdienst: Pastor Wolen.
Hennersdorf. Abends 7 Uhr Predigtgottesdienst und Abendmahlsfeier.
Kallmühle Schönfeld. 9 Uhr Beichtgottesdienst.
Jahnsdorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 1/2 2 Uhr liturgischer Gottesdienst mit Abendmahl. (Stiftung des ehemaligen Kirchschullehrens Seidel.)
Ripdorf. 1/10 Uhr Predigt- und Abendmahlsfeier: cand. theol. Fischer.
Rastatt. 8 Uhr Beichte und Feier des heiligen Abendmahls 9 Uhr Predigtgottesdienst. 2 Uhr liturgischer Gottesdienst und Bemannischer Stillschweigensdienst. Darnach Meldung der Gemeindeglieder aus Lungwitz und Hermsdorf in der Sakristei, die mit Bibeln bedacht werden wollen.
Dessa. 9 Uhr Passionsgottesdienst mit heiligem Abendmahl.
Hennersdorf. 1/9 Uhr Beichte und Abendmahlsfeier: Pastor Rabler. 9 Uhr Predigtgottesdienst: Pastor Borwerk. 5 Uhr 5 Uhr Abendmahlsfeier: Pastor Rabler.
Rastatt. 9 Uhr Predigtgottesdienst, im Anschluß daran Heiliges Abendmahl. 2 Uhr liturgischer Gottesdienst, im Anschluß daran Heiliges Abendmahlsfeier.
Hennersdorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst. Anst. Abendmahl.
Gabelsdorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst mit Abendmahl.
Bärenburg. 4 Uhr Predigtgottesdienst in der Kapelle. Anschließendes Abendmahl.
Seifersdorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst mit anschließender Abendmahlsfeier.

Aus dem Steinbruch

auf Höndorfener Forstwerke verlaufe ich sofort alle Mauersteine, Grundstücken, Sand usw. wegen Aufgabe dieses Betriebes.

König, Seifersdorf.

Telefon 74.

Gehrofanzug,
fast neu, mittlere Figur, billig zu verkaufen Schuhstraße 116.

Ein Trubhahn
wird zu kaufen gesucht bei Gutsbesitzer Gerhardt Friebe, Cunnorsdorf.

Trauerschleichen
bedeutet schnell die Buchdruckerei Carl Jehne in Dippoldswalde

Ein guterhaltener **Kindewagen**
billig zu verkaufen.
Dresdener Str. 147, S. II.

4 hochtragende **Ziegen**
zu verkaufen.
Sorenz, Hausdorf.

Fleisch und Wurst, Rauchfleisch, Rollschinken.

Hermann Scharfe,
Roßschlächterei.

Ein Wagen,
50-60 Ztr. Tragkraft, zu verkaufen. Georg Garbe, Schmiedemeister, Obercarsdorf.

Junge Zuchtsau,
1 1/2 Ztr., Meißner Rasse, steht zum Verkauf
Schmiedeburg, Altendorfer Str. 62 f.

Zwei junge **Ziegen**
zu verkaufen Oberdorplatz 159.

Brille mit 4 verschiedenen Gläsern von der Talmühle nach Dippoldswalde verloren Gegen Belohnung abzugeben.
Radon, Müllerschule.

Zum 15. April, auch früher, tägliches **Hausmädchen**
mit guten Zeugnissen.
Marie Stauß, Bärenfels, Haus am Walde.

16jähriges Mädchen **sucht Stellung**
in der Landwirtschaft. Off. u. „S“ an die Geschäftsstelle.

Ein **Schmiedelehrling**
wird für Ostern 1921 angenommen und findet gutes Unterkommen bei Bernhard Buchardt, Schmiedemeister, Cunnorsdorf b. Schlottwitz.

Frischen Cablian, Heringe, ff. Matreibüdinge, ff. Schleibüdinge
frisch eingetroffen.
Schlächter & Fischhandlung
Tel. 163.

Kaffee
frisch geröstet, 24.-, 28.-, 32.-
Rohkaffee, 20.- und 26.-
Herrn Anders,
am Markt. Fernspr. 106.

Guterhaltener **Kindewagen**
zu verkaufen. Wo, sagt die Geschäftsstelle.

Eine hochtragende **Ziege**
zu verkaufen Reinholdshain 37.

Ein Alok Nußbaum, ein Sadstod desgl.
passend für Fleischer, zu verkaufen
Gend Nr. 19.

Für die vielen Güt- und Segenswünsche, wie auch für die zahlreichen Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Elisabeth sagen wir hierdurch allen unsern herzlichsten Dank
Reinholdshain, Palmarum 1921
Clemens Boje und Frau

Allen denen, die uns anlässlich der Konfirmation unseres Sohnes KURT durch Glück- und Segenswünsche ehrten, danken wir hierdurch herzlich.
Reichstadt, Palmarum 1921.
Reinhard Arnold und Frau.

Allen denen, die uns anlässlich der Konfirmation unsers Sohnes Rudolf durch Geschenke und Glückwünsche ehrten herzlichen Dank.
Dippoldswalde, Palmarum 1921.
Gotthold Schwind und Frau.

Für die anlässlich der Konfirmation unserer Tochter Luise überlieferten Glückwünsche und Geschenke danken wir herzlich.
Dippoldswalde.
Otto Bürger und Frau.

Jagdverpachtung!
Die der Jagdgenossenschaft Gombjen gehörige Jagd (ca. 340 Aker) soll Freitag den 15. April nachm. 2 Uhr im Gasthof unter den vorher bekanntgemachten Bedingungen und unter Auswahl der Bieter und Ablehnung sämtlicher Gebote auf weitere 6 Jahre meistbietend versteigert werden.
Gombjen, den 18. März 1921.
Der Jagdvorstand. Reußke.

Schallplatten
sind wieder eingetroffen und hält folgende in großer Auswahl am Lager
H. Demus, Herrngasse 89, L.
Abgespielte und zerbrochene Platten werden mit in Zahlung genommen.
Frühgebrannten vorzüglichen Düngekalk
von hervorragender Beschaffenheit, pro Zentner 13 M.,
frühgebrannten erstklassigen Weißkalk
von bekannter, unerreichter Güte, pro Zentner 14 Mark 50 Pf. empfiehlt und gibt laufend ab
Staatl. Kalkwerk Hermsdorf i. G.
Händler und Bezugsgenossenschaften bei Abnahme von über 200 Zentner in einem Hofen Preisnachlass. Auf Wunsch Lieferung mit Lastkraftwagen gegen besondere Vergütung.

Ein flüssiger, zuverlässiger **Hausbursche**
findet sofort dauernde Stelle.
Altes Forsthaus, Bärenfels b. Ripdorf i. Erzgeb.
Bruno Hamann,
Altendorfer Straße.

Nach hartem, schwerem Leiden entschlief sanft am 21. März mein lieber, guter, treuer, sorgender Gatte, unser innigstgeliebter, teurer Vater, Groß- u. Schwiegervater, Herr
Moritz Krause.
Im tiefsten Schmerz
Ella Krause geb. Hille
und Kinder.
Hirschbach.
Die Beerdigung findet Donnerstag nachm. 1/3 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Für die herzlichsten Gratulationen und Glückwünsche anlässlich der Konfirmation unserer Tochter Ella sagen wir allen unsern innigsten Dank.

Familie Paul Schwarz,
Raumborf.

Für die anlässlich der Konfirmation unseres MARTIN uns erwiesenen Aufmerksamkeit danken wir herzlichst
Dippoldiswalde, Markt 78
Familie **G. Brückner**

Für die vielen Glück- und Segenswünsche, wie auch für die zahlreichen Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Paula danken wir hierdurch allen aufs herzlichste.

Obertraudendorf, Palmarium 1921.
Otto Zimmermann und Frau.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes Paul danken wir hiermit herzlichst.
Wendischborsdorf, Palmsonntag 1921. **Max Lampe und Frau.**

Für die zur Konfirmation unseres Sohnes Johannes dargebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen wir hierdurch herzlichsten Dank.

Reichstädt. **Otto Behr und Frau.**
Bäderel.



M.-G.-V. „Eintracht“
Dippoldiswalde.

1. Osterfesttag punkt 7 Uhr
im Saale der „Reichskrone“

Öffentliches Instrumental- und Vokalkonzert,
verbunden mit theatralischen Aufführungen
Lund Ball.

Eintrittskarten im Vorverkauf à 2.50 M. sind zu haben bei den Herren Ernst Wende und Paul Hofmann, Markt, im Konzertsaal und in der Buchhandlung von M. Fischer, Freiburger Platz. An der Kasse 50 Pf. Aufschlag.
Einen genussreichen Abend versprechend der Vorstand.

Meine Restbestände

in
Sommer-Hüten

(Taka), Bordenhüte, garniert, mit Reihorn und Bändern) verkaufe ich

allerbilligst.

Carl Marschner

Verbilligter **Mais**

eingetroffen, gegen Bezugsschein sofort erhältlich bei

Standfuß & Tzschöckel.



Restaurationsstassen
Bierseidel
Ausgusskorke
Kaffeelöffel usw.

Hans Pfutz

Dippoldiswalde
nur Oberortplatz

Wegen Scheunabbruch
rote Dachziegel

zu verkaufen.

Binder, Dippoldiswalde.

Druckmaschinen für die Industrie druckt Carl Jehre

Für die zahlreichen Glückwünsche und Geschenke, welche uns zur Konfirmation unserer Söhne HERBERT und KURT dargebracht wurden, danken wir hierdurch aufs herzlichste
Ruppendorf, Palmarium 1921
Woldem. Nücke u. Angehörige

Reichskrone.

Mittwoch den 23. März vorm.
9 Uhr

große Auktion

— Möbel, Bildh., Gardinen,
Ablungstische u. v. a. —
Reißschuß, Lokalführer.

Ein fleißiges, tüchtiges, mit
guten Zeugnissen versehenes

Hausmädchen

findet sofort dauernde Stelle
Altes Forsthaus,
Bärenfels
b. Ripsdorf l. Ortgeb.

Große Auswahl

Solide Verarbeitung

Sämtliche Herren- und Knabenbekleidung

kaufen Sie gut und preiswert bei

Max Adler, Markt 21

Neu aufgenommen

Knabenschwitzer

in allen Preislagen



Kein Papiergewebe

Keine Ersatzware

Anlässlich der Konfirmation unseres Bruno sind uns zahlreiche Glückwünsche zugegangen und sonstige Aufmerksamkeit erwiesen worden, für die wir hierdurch unsern herzlichsten Dank aussprechen.

Riederpöbel, Palmarium 1921.

Bruno Ulrich und Frau.

Für die uns zur Vermählung dargebrachten Glückwünsche danken wir zugleich im Namen der Eltern herzlichst.

Schmiedeberg, im März 1921.

Fritz Meißner

und Frau Martha, geb. Büschel.

Für die erwiesenen Aufmerksamkeit zur Konfirmation unserer Tochter Christa danken wir herzlichst.

Schmiedeberg — Dresden.

Ernst Engelmann und Frau.

Für die zur Konfirmation unserer Tochter ERNA dargebrachten Geschenke und Glückwünsche sagen wir unseren herzlichsten Dank.

Oberhäslich.

Hermann Mühle und Frau.

Für die anlässlich der Konfirmation ihrer Tochter ERNA dargebrachten Ehrungen

danken hiermit herzlichst

Malter, Palmarium 1921

Max Nücke und Frau
nebst Tochter

Für die zur Konfirmation unseres Sohnes ARTHUR so zahlreich dargebrachten Glückwünsche und Geschenke danken wir hierdurch allen aufs herzlichste

Obertraudendorf.
Bruno Böhme und Frau

Ein teures Mutterherz hat aufgehört zu schlagen! Nach langen, schweren mit großer Geduld ertragenem Leiden verstarb am Sonntag abend 7 Uhr meine herzengute Gattin, unsere liebe treuherzige Mutter, Schwieger u. Großmutter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin und Tante,

Anna Marie Löwe,

geb. Kuhnert, im 52. Lebensjahr.

Obercarsdorf, den 21. März 1921.

Der tieftrauernde Gatte Paul Löwe,
nebst Kindern und Angehörigen.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 24. März nachmittags 2 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Zurückgekehrt vom Grabe unsern teuren Entschlafenen

Karl Ernst Harnisch

ist es unser Herzensbedürfnis, für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme und das ehrende Geleit zur letzten Ruhestätte allen herzlichst zu danken. Besien Dank auch Herrn Pfarrer Gocht für die trostreichen Worte am Grabe. Dies alles hat unsern Herzen wohlgetan.

Obercarsdorf, den 20. März 1921.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beim plötzlichen Hinscheiden meines heißgeliebten unvergeßlichen Gatten, unsers herzensguten Vaters und Schwiegervaters, Bruders und Schwagers, des Gutsbesizers

Robert Zimmermann

sind uns unzählige Beweise liebevoller, herzlichster Teilnahme, sowie Zeichen ehrenden Gedenkens und aufrichtiger Freundschaft für den Heimgegangenen zuteil geworden. Allen denen, die uns im tiefen Schmerze Trost gesendet und unsern Herzen durch ihre Anteilnahme wohl taten, sagen wir hierdurch unsern herzlichsten Dank.

Wie öd' und leer ist's nun im Haus,
seitdem du uns verlassen!
daß man dich trug zum Grab hinaus,
kann unser Herz nicht fassen.

Sadisdorf, März 1921.

In großem Schmerze

Agnes verw. Zimmermann und Kinder
zogl. im Namen aller Hinterbliebenen.

Dank.

Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben Gatten, unsers treuen Vaters, Groß- und Schwiegervaters, Bruders, Schwagers und Onkels

Ernst Moritz Göhler

sagen wir allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten für den reichen Blumenschmuck sowie Wort und Schrift und für das zahlreiche Geleit zur letzten Ruhestätte unsern herzlichsten Dank.

Dir aber, lieber Entschlafener, rufen wir ein „Ruhe sanft“ und „Gute Nacht“ in die Ewigkeit nach.
Hennersdorf, am Begräbnistage.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Totales.

Die Karwoche führt wie ein dunkler, stiller Waldpfad hinauf zur lichten Höhe des Osterfestes. In südlicheren Ländern findet man sogenannte Karvarenberge; hinaufsteigend, kommt man an Dornenbüschen der Leidenswoche vorbei, bis man auf die Schneefläche Golgatha gelangt, wo der Heiland, inmitten der beiden Schächer, am Kreuze hängt. Und nun denken wir uns über der von tiefer Traurigkeit überschatteten Stätte noch eine Höhe, in helles Sonnenlicht getaucht, Blumen blühen und duften, der Chor der Vögel singt ein Jubellied, und aus den Blicken der Menschen, die hier wandeln, leuchten Freude und Hoffnung. Osters! Freude herrscht über das Wunder der Auferstehung, Hoffnung verschmeißt die Angst vor dem Tode, die die Seelen umklammerte. Der Sieger über alles, was lebt, ist der Befiegte geworden, dem Grabe entrang sich neues Leben. Aber um zu Otern zu kommen, müssen wir durch die Karwoche hindurch, und damit die Osterbotschaft recht laut in uns erklinge, müssen uns die dumpfen Klänge des Leidens vorher erschallert haben. Kara heißt Trauer, Klage. Ein Tag der Trauer und Klage; für die Christenheit ist der Gedächtnistag des Todes Jesu. Der Gründonnerstag hat seinen Namen daher, daß an ihm die Wunden als Sündenlöse wieder in die Gemeinschaft der Kirche aufgenommen wurden. Die Sündenlöse waren die „Wunden“, die Gründonnerstag hat nur noch als halber Feiertag, es wird an ihm Gottesdienst gehalten, aber Sonntagruhe ist nicht für ihn angeordnet. Auf den ganz stillen Karfreitag folgt als Vertag und einer der regsten Arbeitstage im Jahre der Sonnabend, an dem die letzten Vorbereitungen für die beiden Osterfeiertage getroffen werden. Die Natur schmückt sich schon mit ihrem Frühlingsschmuck, wohin man sieht, schimmert es grün, Blütenknospen wollen sich erschließen, und unferne gefiederte Sänger lassen ihre munteren Weisen erschallen. Ernst ist des Menschen Sinn, gedenkt er dessen, der auf Golgatha am Kreuze starb, und er will ihm nachstreben in Gottesliebe und Menschenliebe. Wer den Karvarenberg hinaufsteht, wird am längsten und andächtigsten vor der Darstellung der Tragödie von Golgatha verweilen, wo ein edles, verkürtes Haupt sich im letzten Todesstampe neigt. Noch höher hinauf, und er steht im Glanz der Osterfröhlichkeit, die ihm neue Kraft und neuen Mut ins Herz gießt!

Deutscher Reichstag.

— Berlin, 18. März.

Der Reichetat in zweiter Lesung verabschiedet.

Bis 11 Uhr nachts hatte man gestern getagt und den Reichshaushalt glücklich in zweiter Lesung erledigt. Die dritte Beratung aller Haushaltspläne soll am Sonnabend stattfinden. Die Sitzung wurde dann nach dreizehntägiger Dauer in Anwesenheit von 18 Abgeordneten geschlossen.

In der heutigen Sitzung wurden zunächst die üblichen kleinen Anfragen beantwortet. Dann folgte die gestern zurückgestellte Abstimmung beim Posthaushalt über eine Entschädigung Müller-Frankens (Soz.), wonach die Entlassung unehelicher Mütter unzulässig sein soll. Der Antrag wird im Hammelsprung mit 137 gegen 136 Stimmen abgelehnt.

Das Wehrgesetz.

Es folgt die zweite Beratung des Wehrgesetzes, das die bekannten Bestimmungen über die Zusammenfassung des 100 000 Mann-Heeres enthält.

Abg. v. Gallwitz (Dnat.) beantragt Wiederherstellung der Bezeichnung „Die deutsche Wehrmacht“ anstelle der Ausschussfassung „Die Wehrmacht der deutschen Republik“. Der Wehrrechtssozialist Schöpfkin fordert demgegenüber, daß der republikanische Charakter des Heeres betont werden müsse.

Wehrminister Gessler verteidigt die Errichtung der Heereskammer. Sie sei notwendig, weil das Wehrgesetz das freie Koalitionsrecht der Soldaten nicht zulasse. Die Protokolle der Heereskammer sollen dem Reichstag zugestellt werden.

Der Zentrumsabgeordnete Rheinländer gedenkt des alten Heeres. Es könne ruhig festgelegt werden, daß das Heer im Dienst der Republik steht. Wie jeder Berufsstand sind die Wehrsoldaten zum Dienste des Vaterlandes berufen. Auch des geistlichen Zuspruchs bedarf der Berufs Soldat.

Abg. v. Schach (D. Sp.) ist der Ansicht, daß auch durch den Ausdruck „Wehrmacht der deutschen Republik“ die monarchische Gesinnung nicht totgeschlagen werde.

In der weiteren Debatte stimmen die Abgg. Gaab (Dem.) und Bang (Naher. Volksp.) stimmen dem Gesetz zu. Dann wird in die Einzeldebatte eingetreten. Wehrminister Gessler nimmt hierbei den Chef der Heeresleitung General v. Seeckt gegen die Angriffe der Linksparteien in Schutz. Gegen die militärischen Bündnisse will der Minister energisch vorgehen, wenn sie irgendwie gegen das Wehrgesetz verstoßen.

— Berlin, 19. März.

Abschluß der Staatsberatung.

Ohne jede Aussprache wird heute die Staatsberatung zu Ende geführt. Zunächst wird der Haushaltsplan für 1920 in dritter Lesung gegen Kommunisten und Unabhängige angenommen. Wichtigste findet Annahme ein Antrag Schiffer (Dem.) über die Zulassung der Frauen zum Wörstendienst, und ein zweiter demokratischer Antrag, wonach alle in der Reichsgewerbeordnung vorhandenen Hindernisse für die volle Gleichberechtigung von Männern und Frauen beseitigt werden. Abschließend wird auch der Haushaltsplan für 1921 ohne jede Debatte angenommen.

Die Erhöhung der Postgebühren.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über die Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren. Der Ausschuss hat das Ortsporto wieder eingeführt. Nach den Ausschussbeschlüssen beträgt die Gebühr für die Postkarte im Ortsverkehr 30 Pfg., im Fernverkehr 40 Pfg., für den Brief im Ortsverkehr bis zu 20 Gr. 40 Pfg., über 20 Gr. bis zu 250 Gr. 60 Pfg., im Fernverkehr bis zu 20 Gr. 80 Pfg., bis zu 100 Gr. 80 Pfg. und bis zu 250 Gr. 1,20 M. Neu eingeführt ist die Drucksachenkarte, die 10 Pfg. Gebühr kosten soll. Die Drucksache kostet bis zu 50 Gr. 15 Pfg., bis zu 100 Gr. 30 Pfg., bis zu 250 Gr. 60 Pfg., bis zu 500 Gr. 80 Pfg., bis zu 1 Rgr. 1 Mark. Die Gebühr für Postanweisungen beträgt bis zu 50 Mark einschließlich 50 Pfg., bis 250 Mark 1 Mark, bis 500 Mark 1,50 und bis 1000 Mark 2 Mark. Die Mindestgebühr für den Bezug einer Zeitung beträgt jährlich 1,20 Mark.

Die Vorlage wurde in zweiter und dritter Lesung nach kurzer Aussprache nach den Ausschussbeschlüssen angenommen, ebenso die Vorlagen über die Auslandspostgebühren, über die Verringerung des Postfahrgeldes und die Verringerung der Telegraphengebühren. Angenommen wird auch ein Antrag Pinkau (Soz.), Bildpostkarten, auf deren Vorderseite Grüße oder Glückwunschkennzeichen mit höchstens fünf Worten niedergeschrieben sind, als Drucksachen zu befördern. Des Weiteren ein Antrag, wonach die Verpackungen der Zeitungen für den Postversand die Postverwaltung auszuführen hat, und zwar gegen entsprechende Gebühren.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes zur Verringerung des Einkommensteuergesetzes.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 21. März 1921.

Die Unsicherheit über die Zukunft hat im Rheinland zu einer vollständigen Stilllegung der Wirtschaftsverbindungen geführt. In großer Zahl werden Anträge auch aus dem unbesetzten Deutschland zurückgezogen.

Unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Dr. August Müller fand am Sonnabend im Wiederbauministerium eine Sachverständigenberatung statt, um praktische Vorschläge für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs und Belgiens festzulegen. Bei allen Beteiligten herrschte Uebereinstimmung, daß Deutschland sich praktisch am Wiederaufbau beteiligen wolle und daß auch genügend deutsche Arbeitskräfte zur Arbeitsleistung zur Verfügung ständen.

Die deutschen Gegenvorschläge endgültig erledigt. Den Sachverständigen, die an der wirtschaftlichen Vorbereitung des deutschen Angebots in London teilgenommen haben, und die am Freitag bei dem Reichsminister des Auswärtigen vortrugen, erklärte Minister Simons, daß die Höhe der Londoner Angebote der deutschen Regierung aus politischen Erwägungen heraus bemessen worden sei, und daß sowohl die Reichsregierung wie auch der Reichstag diese an bestimmte Voraussetzungen gebundenen Angebote nach den Ereignissen der letzten Zeit als nicht mehr bestehend und endgültig erledigt betrachten.

Das Wehrgesetz in dritter Lesung angenommen. Der Reichstag hat am Freitag endlich das Wehrgesetz verabschiedet. Die Aussprache drehte sich hauptsächlich um zwei Punkte: um die Frage, ob das Hunderttausendmann-Heer, das uns durch den Friedensvertrag von Versailles belassen worden ist, als die „Wehrmacht der Deutschen Republik“ oder als „Wehrmacht des Deutschen Reiches“ bezeichnet werden solle, und um die Heeres- und Marinekammern. Bei der Abstimmung wurde der Antrag der Deutschnationalen, das Wort „Republik“ durch „Reich“ zu ersetzen, abgelehnt. Nach dem Antrag Haas wurde die Bestimmung gestrichen, daß die Beschlüsse der Heeres- und Marinekammer dem Reichswehrminister und dem Reichstag vorzulegen sind. Die sämtlichen Anträge der Sozialdemokraten und der Kommunisten wurden abgelehnt, darunter der Antrag der Sozialdemokraten, wonach die Wahlen zur Kammer allgemein und unmittelbar sein sollen und je ein Drittel der Kammer von den Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften zu wählen ist. Auch der Antrag, den Soldaten die Teilnahme an politischen Versammlungen zu gestatten, verfiel der Ablehnung, ebenso der Antrag, den Soldaten das Tragen von Zivilkleidern zu gestatten. Das Gesetz wurde dann in der Gesamtberatung gegen die Stimmen der Unabhängigen und der Kommunisten angenommen. Nach einem Beschluß des Vorkommens soll die Osterpause vom 23. März äußerstenfalls bis zum 20. April dauern. Dem Präsidenten wird es überlassen, den Reichstag für den Fall der Dringlichkeit schon früher zu berufen.

Einigung über das Entwaffnungsgesetz. Im Reichstagsausschuss zur Vorbereitung der neuen Entwaffnungsvorlage ist nach langwierigen Verhandlungen ein Kompromiß auf der Grundlage eines demokratischen Vermittlungsantrages zustande gekommen. Hierdurch ist eine Vereinigung, sobald aus ihrer Sitzung über ihr Verhalten hervorgeht, daß ihr Zweck im Widerspruch zu den Artikeln 177 und 178 des Friedensvertrages steht, aufgelöst. Die Auflösung erfolgt durch die oberste Landesbehörde mit Zustimmung der Reichsregierung; steht die oberste Landesbehörde von der Auflösung ab, so kann sie von der Reichsregierung verfügt werden. Sämtliche Zivilbehörden des Reiches, der Länder und der öffentlichen Selbstverwaltungskörper mit Ausnahme der Gerichte haben innerhalb ihrer Zuständigkeit den Anordnungen der Reichsregierung, die sich auf die Durchföhrung dieses Gesetzes beziehen, Folge zu leisten. Die Anordnungen der Reichsregierung sind durch die oberste Landesbehörde

beide den zuständigen Landesbehörden zu übermitteln. Die Annahme des Gesetzes bei der Gesamtberatung erfolgte mit 12 gegen 7 Stimmen.

Genf Brodorski-Kantau gegen Ludendorff. Der frühere Minister des Auswärtigen, Graf Brodorski-Kantau, veröffentlicht einen offenen Brief an den General Ludendorff, in dem er die in einem Artikel des Generals Ludendorff im Militärwochenblatt aus einer anderen Quelle übernommene Verdächtigung, als habe er den Umsturz in Deutschland betrieben und sich so des Hochverrats schuldig gemacht, zurückweist. Er sagt dann zum Schluß: „Ich überlasse es dem Urteil der Mit- und Nachwelt, darüber zu entscheiden, ob Ererer Eggenz Tätigkeit während und nach dem Kriege dem deutschen Volke schließlich nützlich gewesen ist als meine Arbeit. Leider bin ich zu spät in die leitende politische Stellung berufen worden, sonst hätte ich versucht, Ererer Eggenz das Eingeständnis zu erleichtern, daß nach der verunglückten Offensive im Juli 1918, wenn nicht schon früher, der Krieg für uns militärisch verloren war. Ob Ererer Eggenz sich bewußt oder unbewußt dieser Erkenntnis verschlossen haben, weiß ich nicht; diesen Entschluß nicht gefunden zu haben, bleibt die ungeheure Verantwortung, die Sie vor dem deutschen Volke und der Geschichte tragen.“

Ein Staatssekretär für das Rheinland. Das Reichskabinett hat beschlossen, beim Reichsministerium des Innern die Stelle eines Staatssekretärs für die rheinischen Angelegenheiten einzurichten, dem die Vertretung der rheinischen Interessen in allen Fragen, die in der Reichsverwaltung bearbeitet werden, übertragen werden wird.

Die Sorge um die Jugend.

Errichtung von Jugendämtern im ganzen Reich.

Das während der letzten Etatsberatung vom Reichsarbeitsminister Braun angeforderte Jugendwohlfahrtsgesetz ist jetzt dem Reichstag zugegangen. Nach dem Entwurf sollen überall im Deutschen Reich Jugendämter errichtet werden, dazu berufen, jedem Jugendlichen im Bedarfsfall schnell und sicher die erforderliche Hilfe und Unterstützung zu gewähren. Das Jugendamt soll eine öffentliche Behörde sein, und mit allen Befugnissen und Einrichtungen einer solchen ausgestattet werden. An die Spitze dieser den Untertan der Organisation bildenden Jugendämter tritt grundsätzlich für jedes Land ein Landesjugendamt; die Spitze ist das Reichsjugendamt beim Reichsministerium des Innern.

In dieser Form soll die gesamte öffentliche und private Jugendhilfe im Deutschen Reich um einen Mittelpunkt gesammelt und geordnet werden, in der gleichmäßigen Gestaltung ihrer Aufgaben unterstützt und nach einheitlichen Richtlinien in ihrer großen sozialen Arbeit angezogen und befruchtet werden. Die Aufgabe soll nämlich die gesamte Jugendwohlfahrt für die normale Jugend vom Mutterleibe bis zur Volljährigkeit sein. Die bestehenden Gesetze sind inhaltlich möglichst herbeizuführen. Das neue Reichsgesetz ist ein Rahmengesetz; es legt der neuen Reichsausschuss feste Grenzen, deren Innehaltung als unerlässlich betrachtet wird. Jedes Kind soll in seinem gesundheitlichen, geistigen und sittlichen Wohlergehen gefördert und damit vor sozialer Not bewahrt werden.

Der Aufgabenkreis des Gesetzes ist also nicht auf die Jugendfürsorge beschränkt, sondern schließt auch die gesamte Jugendpflege ein. In der Begründung heißt es nicht mit Unrecht, es können nicht genug Aufgaben für die gesunde, normale Jugend bei den Jugendämtern zusammengetragen werden, um diesen den Charakter wahrer Wohlfahrtsleistungen zu geben und ihnen dadurch die Volkstüchtigkeit zu sichern. Das neue Gesetz soll ganz oder teilweise für einzelne Länder oder Jugendamtbezirke schon vor dem 1. April 1923, spätestens aber an diesem in Kraft treten.

Das Reichsschulgesetz.

Die Neuordnung des Schulwesens.

Der seitherzeit bei der Verfassungsberatung in Weimar heiß umstrittene Artikel 146 der Reichsverfassung bestimmt in seinem Absatz 1, daß der Ausbau des öffentlichen Schulwesens die Mannigfaltigkeit der Lebensberufe, für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule seine Anlage und Neigung, nicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung oder das Religionsbekenntnis der Eltern maßgebend sind.

Im Absatz 2 wird dann vorgeschrieben, daß innerhalb der Gemeinden auf Antrag der Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung einzurichten sind, und daß das Nähere durch die Landesgesetzgebung nach den Grundsätzen eines Reichsgesetzes bestimmt werden solle.

Dieses Reichsgesetz ist jetzt dem „Berl. Tageblatt“ zufolge dem Reichstag im Entwurf zugegangen. Es bestimmt im wesentlichen, daß die Volksschulen Gemeinschaftsschulen (Simultanschulen) sind, soweit sie nicht nach der näheren Bestimmung dieses Gesetzes Bekenntnisschulen oder Bekenntnisfreie Schulen bleiben oder werden. Die Bekenntnisfreien Schulen sind entweder weltliche Schulen oder Weltanschauungsschulen. Das Gesetz bestimmt weiter, daß zur Vermeidung einer Zersplitterung des Schulwesens durch ungeordnete Einrichtung leistungsunfähiger Zwergschulen die in einer Gemeinde bereits errichtete Höhe der Schulorganisation nicht herabgesetzt werden darf.

Über die Bekenntnisfreie bestimmt der Entwurf, daß sie grundsätzlich zur Aufnahme von

Wählen eines bestimmten Berufes, die die Eigenschaften der Berufstätigkeit durch den Beruf, das heißt die Tätigkeit, die der Beruf auch andere Berufe umfassen können. Die Bewerber müssen das Bestehen der Schule angeben, Ausnahmen sind zulässig. Die Bewerber können der Eigenart des Berufes angepaßt sein. Zugelassen sind auch die üblichen Lehrlinge und Gesellen, jedoch ohne Berechtigung des Unterrichtsbetriebes im ganzen.

Steuererleichterungen.

Neue Vorschläge der Regierungsparteien.

Der Steuerausschuß des Reichstages (s. h. v. d. R.) hat in der Beratung der Vorlage zum Einkommensteuergesetz verschiedene Änderungsvorschläge eingebracht, deren Annahme den Steuerpflichtigen wesentliche Erleichterungen und Ermäßigungen bringen würde.

Nach den Vorschlägen ermäßigt sich die Einkommensteuer für den Steuerpflichtigen und jede zu seiner Haushaltung zählende Person, die nicht selbständig zu veranlagung ist, um 120 Mark, wenn das steuerbare Einkommen nicht mehr als 60 000 Mark beträgt, um 80 Mark, wenn das steuerbare Einkommen mehr als 60 000 Mark, aber nicht mehr als 100 000 Mark beträgt. Bei der Veranlagung für das Rechnungsjahr 1921 und die folgenden Rechnungsjahre ist die Einkommensteuer für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind, das nicht selbständig zur Einkommensteuer zu veranlagung ist, um je 180 Mark zu ermäßigen, wenn das steuerbare Einkommen den Betrag von 24 000 Mark nicht übersteigt. Außerdem soll bei den ständig beschäftigten Arbeitnehmern, deren Erwerbstätigkeit durch das Dienstverhältnis vollständig oder hauptsächlich in Anspruch genommen wird, der Abzug gemäß § 45 für den Steuerpflichtigen und seine zu seiner Haushaltung zählende Ehefrau

- im Falle der Berechnung des Arbeitslohnes nach Tagen für 4 Mark täglich,
 - im Falle der Berechnung des Arbeitslohnes nach Wochen für 24 Mark wöchentlich,
 - im Falle der Berechnung des Arbeitslohnes nach Monaten für 100 Mark monatlich unterbleiben.
- Der abzugsfreie Betrag erhöht sich nach den Anträgen der Regierungsparteien für jedes zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende minderjährige Kind in dem Falle des Absatzes 1 a um 6 Mark, im Falle 1 b um 36 Mark und im Falle 1 c um 150 Mark.

Steuerermäßigung für Kriegsgefangene.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und die Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsgefangener haben gemeinschaftlich an den Steuerausschuß eine Eingabe gerichtet, in der für die ehemaligen Kriegsgefangenen die vollständige Steuerbefreiung für die Dauer eines Jahres nach Rückkehr aus der Gefangenschaft verlangt wird; wenn ein steuerpflichtiges Einkommen von 20 000 Mark nicht überschritten wird. In der Begründung der Eingabe wird darauf hingewiesen, daß die ehemaligen Kriegsgefangenen deshalb für eine gewisse Uebergangszeit besonderer Vergünstigungen bedürfen, weil sie während der Dauer der Gefangenschaft nicht wie andere Heeresangehörige schon auf den Wiedereintritt in das Erwerbsleben einrichten konnten. Auf die mangelhafte Familienunterstützung während des Krieges und darauf, daß den Kriegsgefangenen während der Dauer der Gefangenschaft ein Rechtsanspruch auf Löhnung nicht zustand, wird Bezug genommen.

Was Stadt und Land.

Hohe Metalldiebstähle aufgedeckt. Auf dem Kupferwerk Alsborg der Hirsch-Kupferwerke wurden, wie aus Halle gemeldet wird, große Diebstähle von Kupfer, Messing und Blei aufgedeckt. An der Kupferfabrik sind 36 Personen beteiligt, zum Teil Arbeiter des Kupferwerkes, ferner 12 Metallhändler in Bernigerode, Alsborg und Halberstadt.

Ränderischer Überfall auf einen Lohngebetstransport. Die „Halle'sche Zeitung“ meldet aus Leopoldsdorf: Zwei Kassenbeamte der staatlichen Salzwerkverwaltung in Leopoldsdorf führen am Mittwoch gegen Mittag nach Schierstedt, um dort die Auslohnung vorzunehmen. In der Nähe des Hopfenwerkes vor Giesleben sprangen plötzlich fünf Männer, die sich im Straßengraben versteckt hatten, dem Gefährt entgegen, durchschnitten die Räder und verlangten mit vorgehaltenen Revolvern die Herausgabe der Kassen und des Geldes. Angesichts der Übermacht gaben die Beamten dem Verlangen nach. Es handelt sich um Gelder in Höhe von 70 000 Mark.

Zu dem Eisenbahnunglück bei Wumendorf berichtet die „Halle'sche Zeitung“, daß es sich nicht um ein politisches Verbrechen handelt, sondern daß es die Verbrechen auf die Veranbarung des um diese Zeit fälligen Gültigerzuges abgesehen hatten. Nach den Mitteilungen der Bahnverwaltung haben ähnliche Verbrechen an anderer Stelle gezeigt, daß es sich vermutlich um wohl organisierte Verbrechen handelt. Der Unfall hat den Verbrechen bei dem jetzigen Unglück dadurch einen Streich gespielt, daß der fahrplanmäßige Gültigerzug, dem der Anschlag galt, in dieser Nacht nicht verkehrte. Nach Aussagen von Bahnbeamten handelt es sich um drei Täter, die durch Verletzung der Schienen das Unglück verursacht haben. Die Eisenbahndirektion Halle hat für die Ermittlung der Täter 40 000 Mark Belohnung ausgesetzt. Der angerichtete Schaden übersteigt zwei Millionen.

Ein Vorbild für Steuerhändler. Das Finanzamt in Hannover erhielt ohne Namen 70 000 Mark von einem verlegten Steuerhändler, der in dem Begleitverleihen angab, das Gewissen habe ihn angetrieben, die hinterzogene Summe noch nachträglich zu bezahlen.

Schon wieder eine Munitionsexplosion bei Erhart. In dem Munitionslager Scherborn bei Erhart, in dem gewöhnliche Munition, Kleingewehre, Granaten

und zum Zweck der Metallverarbeitung entladen werden, ist am 27. d. M. ein Feuer mit Schreckensmomenten in die Luft. Nach einer Meldung der „Halle'schen Zeitung“ wurden in der gesamten Umgebung Fenster und Türen eingeschlagen. Vier Frauen konnten, zum Teil mit eingeschlagenem Brustkorb und schweren Brandwunden, sich retten. Die übrigen, etwa zehn Arbeiter, haben allem Anschein nach den Tod gefunden.

Der gute Ton in allen Lebenslagen... Die Freitagstagung des bayerischen Landtags nahm einen äußerst stürmischen Verlauf. Es kam aus verschiedenen Anlässen immer wieder zu Zwischenfällen und Zwischenfällen zwischen rechts und links. Beschimpfungen mit Schimpfen, Gemeinheiten, aufgeschmierter Fratzen, Beschimpfung usw. waren keine Seltenheit. Das Präsidium hatte zeitweise Mühe, die Ordnung im Hause zu wahren.

Verhängnisvolle Autoverser. Freitag vormittag verströmte ein in voller Fahrt befindlicher amerikanischer Frachtwagen die im Nordende des Bahnhofs befindlichen bei Koblenz befindliche geschlossene Wegeschleife und wurde von einem im selben Augenblicke herankommenden D-Zuge erfasst und vollständig zerstört. Die Insassen, drei amerikanische Soldaten, wurden sofort getötet.

Graf Oppersdorf nach Polen geflüchtet? Wie die „Oberschlesische Volksstimme“ meldet, ist Graf Oppersdorf, dessen Name wegen seiner polenfreundlichen Haltung in letzter Zeit wiederholt durch die Presse, in einem Automobil mit seiner Familie bei Gotschalowitz über die Grenze geflüchtet. An der Grenze erklärte er den Beamten, daß er in zwei Tagen zurückkehren werde. Wenige Stunden später wurden jedoch an der Grenzstation 15 Köpfe des auswandernden Grafen angehalten und beschlagnahmt.

Kleine Nachrichten.

* Nach einer Pariser Meldung wird sich Fürst Bialow, der sich gegenwärtig in Italien aufhält, demnächst endgültig wieder in Rom niederlassen.

* Der internationale westfälische Schnellzugverkehr von Paris und London über Köln-Hannover-Berlin nach Warschau ist jetzt wieder nach jahrelanger Unterbrechung wieder aufgenommen worden.

* Die Bonner Fabrik von Soenneden ist abgebrannt.

* Der ermordete frühere türkische Großvezir Talaat Pascha ist am Sonnabend in Berlin beigesetzt worden. Der Tote ruht nunmehr in einem Sarg, um später, wenn es die politische Lage gestattet, auf seinem Bestimmungsort am Bosporus in heimischer Erde beigesetzt zu werden.

Gerichtssaal.

Politische Anklage im besetzten Gebiet. Das französische Militärgericht in Wiesbaden hat den Parteisekretär Feind von der Deutschen Volkspartei und den Stadtdorordneten Weber wegen Verbreitung von Wahlflugblättern, die auf die Erhebung Preußens nach dem Tilsiter Frieden Bezug nahmen und damit „Unruhe in die Bevölkerung bringend und die Sicherheit der Besatzungstruppen gefährdet“ hatten, zu fünf bzw. vier Monaten Gefängnis verurteilt. Sekretär Anding und Rechtsanwalt Kradtke waren angeklagt, das Thema einer Wahlversammlung, in der Stresemann sprach, falsch angegeben zu haben. Es lautete: „Die politische Lage“, während Stresemann über den Versäufel Friedensvertrag gesprochen habe. Sie erhielten jeder 1500 Mark Geldstrafe oder 14 Tage Gefängnis.

Zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht in Gießen verhandelte eine Woche lang über einen in der Nacht zum 22. Juli 1919 in Bad Nauheim erfolgten Raubmord. Der Kaufmann Rohrlouh aus Straßburg hatte sich in Bad Nauheim in einem Hotel an einem Glücksspiel beteiligt und wurde auf dem Rückhausewege erschossen und beraubt. Er trug offenbar einen größeren Geldbetrag bei sich. Als der Tat verdächtig wurde der frühere Schneider und spätere Reisende Gerhard Voegelin aus Berlin festgenommen, der in dem Hotel ebenfalls gespielt hatte. Das Schwurgericht verurteilte ihn zum Tode.

Das Urteil im Prozeß Hiltner ist am Freitag vor dem Berliner Schwurgericht gefällt worden. Oberleutnant d. R. Hiltner wurde wegen Mißhandlung eines Untergebenen zu sechs Monaten Festungshaft verurteilt. Der Angeklagte war beschuldigt, als Kompagnieführer während der Karpathenkämpfe dem zwanzigjährigen Kriegsfreiwilligen Helmhake während mehrerer Tage die Nahrung entzogen und ihn durch Fußtritte und Ohrfeigen derart mißhandelt zu haben, daß Helmhake bald darauf starb. Die erste und zweite Schuldfrage — Mißhandlung durch Ohrfeigen und Fußtritte — sowie die Frage der Todesfolge wurden verneint, dagegen bejaht die dritte. Die dritte Schuldfrage auf Mißhandlung eines Untergebenen durch Entziehung der Nahrung. Bei der Strafbesetzung ging das Gericht von der Ansicht aus, daß aus der Tat des Angeklagten keine ehrenrührige Gefinnung spräche. Sein Grundsatz sei die Festigung der Disziplin der Truppen gewesen. Allerdings sei er hierbei über das zulässige Maß hinausgegangen.

Ein ehemaliger russischer Kriegsgefangener zum Tode verurteilt. Der württembergische Staatspräsident hat das von dem Schwurgericht Elmangen gegen den Raubmörder Delowist, einen ehemaligen russischen Kriegsgefangenen und Landarbeiter, ergangene Todesurteil bestätigt und für vollstreckbar erklärt. Delowist hatte einen 72 Jahre alten Schuhmacher bei Halbenheim überfallen und ermordet.

Spitzen.

Kommen vom Paul Simon.
(35. Fortsetzung.)

„Man tut ja sein Mögliches“, entgegnete er au weidend, „um sich rechtchaffen durchzuschlagen.“
„Ja, na! Wovon leben Sie denn augenblicklich?“
„Ich bin doch Kolporteur! Es fällt freilich nicht dabel an, aber man hat doch ungefähr sein Einkommen.“

In diesem Augenblick trat der hellere Wächter, der sich auf der Straße beruht hat, zu beiden Seiten

und wieder in das Lokal zurückgeführt war, an Peter heran, reichte ihm die Hand und sagte:

„Nichts für ungut, Herr Kommissar! Sind Sie wieder vernünftig geworden? Wassen Sie sich noch eine Weile auf meine Rechnung kommen, aber trinken Sie sie da drüben, ich habe hier noch eine kleine Sache zu besprechen.“

„Deydel nicht und einfernte sich.“
„Kolporteur“ nahm Peter die unterbrochene Unterhaltung wieder auf. „Was Sie dabel verdienen können, das weiß man doch! Da können Sie's bei und besser und bequemer haben, und den Teufel auch, einen Menschen wie Sie sollte es doch reizen, seine Gaben und Geschicklichkeiten in vernünftiger Weise zu verwerten und sich nützlich zu machen. Und wenn Sie zu und kämen, ließe es sich am Ende schon so einrichten, daß über dies und das ein Auge zugedrückt würde, was Ihnen sonst doch noch abel bekommen könnte.“

„In der Beziehung bin ich ganz ruhig, Herr Kommissar! Es liegt jetzt nichts gegen mich vor.“

Der Kommissar kniff das linke Auge schlaun zusammen und lächelte.

„Ehen Sie, Bildike, Sie glauben Klug zu sein, und Sie sind's ja auch in Ihrer Weise, aber Ihre Klugheit ist eben dumm, und da hilft Ihnen alle Ihre Klugheit nichts! Das predige ich Ihnen ja in einem fort. Wenn Sie die Hälfte Ihrer Klugheit und Arbeit die Sie auf Ihr dummes Zeug verwenden, für etwas Gutes verbrauchten, dann wären Sie ein ausgezeichnete Beamter und gingen auf die Jagd, anstatt sich jagen zu lassen. Das ist ehrenhafter, Bildike, und es ist nebenbei auch viel vernünftiger. Bedenken Sie doch, mit welchem Paß Sie jetzt arbeiten müssen! Wiffen Sie die Brüder doch — ich so gut wie Sie! Ich viellecht noch ein bißchen besser als Sie! Denn ich jagen sie unter Umständen doch noch mehr als Ihnen. Nicht einer unter ihnen auf den Verlaß wäre! Um eines geringen Vorteils willen wird ein jeder zum Judas am andern.“

„Da haben Sie recht, Herr Kommissar! Ganten Schlamassen und Uchtgroßen-Jungen!“ (Angeber.)

„Und wenn wir einen in Bod haben, namentlich einen Neuling, einen „Schälten“, wie Sie sagen, wenn wir dem klar machen, daß es kein Vorteil ist, nicht die ganze Geschichte auf seine Kappe zu nehmen, dann sollten Sie bloß hören, wie da verpiffen wird! Natürlich glauben wir nur die knappe Hälfte von dem, was Sie uns vorerzählen, denn die Kerle lägen ja das Blaue vom Himmel herunter, um sich weiß zu waschen. Aber aus all den Lügereien können wir uns doch unsern Vers machen. Und daß Sie sich mit dem Gefindel abgeben, Bildike, das tut mir leid.“

„Aber ich sage Ihnen ja, Herr Kommissar, ich bekümmere mich um die ganze Gesellschaft nicht mehr! „So?“ ver setzte der Kommissar pikant lächelnd und den Kopf auf die linke Handfläche stemmend, sagt er leise und ausdrucksvoll, während er sich ganz zu Bildike hinüberbeugte: „Johann Gotte läßt Sie grüßen!“

Es entstand eine lange Pause.
Bildike hatte die Lippen fest zusammengekniffen und blickte den Kommissar unverwandt an. Er strich seinen kleinen schwarzen Schnurrbart. Der Name Gotte wirkte auf ihn wie ein elektrischer Schlag, und es bedurfte seiner ganzen Willenskraft, um sich zu beherrschen. Es war ihm mit einem Male klar geworden, daß seine Partie hoffnungslos verloren war. Der Greifer wußte schon wieder alles!

Der Kommissar blieb unbeweglich, und noch immer umspielte das selbe niederträchtige Lächeln seinen Mund. Sein strenger Blick ging ihm durch und durch. Der Dumpefritze hatte seine Rechnung gemacht!

„Wie können Sie sich aber auch mit einem schalfen Lump wie dieser Gotte einlassen!“ nahm endlich der Kommissar mit dem Ausdruck einer väterlichen Beweisung die Unterhaltung wieder auf. „Der sagt natürlich, Sie allein, Bildike, hätten alles gemacht, alles vorbereitet, alles durchgeführt! Ich habe Gotte ins Gesicht gesagt, daß er lägt. Den Schranke hat sein anderer angebohrt als er! Das ist offenbar. Er schwohrt aber Stein und Wein, Sie hätten's gemacht!“

„So ein Schuft!“ plagte Bildike heraus. „Ich weiß gar nichts von einem Schranke!“

„Na, Freundschaft, nun fangen Sie nicht auch an zu schwindeln, sonst sind wir gleich fertig! ... Gotte hat ja gestanden, daß er Sie gestern Abend nach zehn hier abgeholt hat. Wollen Sie das etwa leugnen? Dann beweise ich's Ihnen auf der Stelle. Ich brauche bloß aufzustehen und gebiete Feierabend. Ich lasse die Türen schließen und frage mit lauter Stimme: ob niemand gesehen hat, daß gestern Abend ein vierähriger Mensch mit raflerten Lippen hier gewesen ist und Sie abgeholt hat. Und wenn sich niemand meldet lasse ich die ganze Gesellschaft, wie sie ist, einperren und wenn die Wirtin auch nichts gesehen hat, werde ich die Bude zu, und sie verliert die Konzeffion! Ich garantiere Ihnen, Bildike, wir finden mehr Zeugen als wir brauchen.“

„Das glaube ich Ihnen ja, Herr Kommissar! Das Gotte hier gewesen ist, das leugne ich ja gar nicht. Ich sage nur, ich weiß nichts von dem Schranke. Und wenn er behauptet, ich hätte ihn angebohrt, dann hat er unverschämte gelogen!“

„Frau Wirtin!“ rief der Kommissar.

Die Frau mit den freundlichen Augen und der gestolten Gange trat an Peter respektvoll heran. Er wandte sich zu Bildike ab und flüsterte ihr ins Ohr: „Ich kann hier nicht abkommen. Schicken Sie Ihren Mann oder Ihren Jungen hier an die Ecke der Neuen Königstraße. Da wird eine Droschke stehen oder bald kommen. Den beiden Männern, die darin sitzen, soll der Bote bestellen, sie möchten gleich herkommen. Verstanden?“

„Jawohl, Herr Kommissar.“
„Wir trinken wohl noch eine Weile?“ fuhr Peter in gewöhnlichem Tone fort. „Frau Wirtin, noch eine Weile!“

Die Frau trat wieder hinter den Schenkisch.
„Also, wie dem auch sei,“ nahm der Kommissar das Gespräch wieder auf. „Gotte will Sie grandlich hereinlegen. Sie sollen alles gesehen sein! Sie sollen sich durch den Paß eingeschlichen haben, dann sollen Sie wieder vorn in der Wilhelmstraße gewesen sein, da hätte er Ihnen durchs Fenster die Sachen zugehakt.“

(Fortsetzung folgt.)